

## **Rede u-asta-Abschiedsfeier**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

Liebe Gegnerinnen und Gegner, Verehrte Gäste,

Es freut mich sehr, dass wir heute hier sind, um den Abschied vom u-asta zu feiern. Ich darf heute einen kurzen Abriss über die Geschichte des u-asta präsentieren.

Ich habe diesen Vortrag in ähnlicher Form bereits vor einem Jahr schon einmal gehalten. Wer ihn jetzt zum zweiten Mal hört, den bitte ich, die Wiederholungen zu entschuldigen.

Kurz zu meiner Person: meine Name ist Lennart Lein. Ich studiere Geschichte, Politikwissenschaften und Englisch auf Staatsexamen und war im akademischen Jahr 2011/12 Mitglied im Vorstand des u-asta.

Kommen wir also zur Sache: Der u-asta wurde 1978 gegründet, weil die offiziell im Gesetz verankerten Studierendenvertretungen (Asten) per Beschluss des Landtags vom 10.11.1977 in ihrer Arbeit stark eingeschränkt wurden. Wie kam es dazu? Und wie entstand der u-asta?

Die Antwort auf solche Fragen findet der oder die historisch Interessierte – wie könnte es anders sein – im Archiv. In diesem Fall das Archiv des u-asta.

Wie Sie sich vielleicht denken können, habe ich etwas Zeit gebraucht, bis ich das gefunden habe, was ich suchte. Allerdings habe ich dann doch genug AStA

bzw. u-asta Infos, AStA-Protkoll und Schriftwechsel mit dem Rektorat gefunden, um Ihnen die Grundzüge der Geschichte des u-asta halbwegs informiert darzulegen.

Im Zuge der Überarbeitung des Hochschulrahmengesetzes Anfang der 1970er Jahre wurde auf Drängen der Union die darin festgeschriebene Verankerung der Verfassten Studierendenschaft gestrichen. Somit war für Bayern und Baden-Württemberg der Weg frei, sich dieser zu entledigen. In Bayern war das bereits Mitte der 70er geschehen, Baden-Württemberg folgte im November 1977.

Die Abschaffung in Baden-Württemberg erfolgte auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten, Hans Filbinger.

Filbinger war Mitglied der NSDAP, der SA und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes<sup>1</sup> und bekannte sich dazu, wie auf seinem Aufnahmeantrag in die NSDAP zu lesen ist, „frei von jüdischem oder farbigem Rasseneinschlag“ zu sein und versprach ferner „als treuer Gefolgsmann des Führers die Partei mit allen [...] Kräften zu fördern.“

Filbinger bewies früh sein Gespür für richtige Entscheidungen in politisch angespannten Großwetterlagen, als er in seiner Funktion als NS-Marinerichter Deserteure, die augenscheinlich keine Lust mehr hatten, sich am deutschen Vernichtungskrieg zu beteiligen, zum Tode verurteilte. Zuletzt am 17. April 1945<sup>2</sup> – 21 Tage vor Kriegsende.

1951 trat Filbinger in die CDU ein.

---

1 <http://www.sueddeutsche.de/politik/historiker-widersprechen-oettinger-filbinger-hatte-handlungsspielraum-1.308871>

2 Hürten, Heinz: Die Tätigkeit Hans Filbingers als Marinerichter, in: Heck, Bruno (Hrsg.): Hans Filbinger. Der „Fall“ und die Fakten, Mainz 1980, S. 68

Als die von ihm gesprochenen Todesurteile 1978 ans Licht kamen, kommentierte er sie mit dem viel zitierten Ausspruch: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“.<sup>3</sup> Diese Verweigerung, die Legitimität der NS-Justiz auch nur in Frage zu stellen, zeigt, wessen Geistes Kind Filbinger war. Allerdings konnte auch Filbinger sich nicht mehr lange an der Macht halten, am 7. August 1978 trat er zurück.

Diese moralische Bankrotterklärung hielt die Universität Freiburg freilich nicht davon ab, Filbinger noch im Jahr 2004 zur feierlichen Eröffnung des akademischen Jahres einzuladen – mit Platzreservierung in der ersten Reihe versteht sich. Der u-asta hat dies stets kritisiert.

Doch zurück ins Jahr 1977.

Filbinger sah die Abschaffung der VS als Schritt gegen die Radikalisierung an den Hochschulen, die im damaligen Duktus gerne als „Brutstätten des Terrorismus“ bezeichnet wurden. StudierendenvertreterInnen als Terroristen, so kann man es natürlich auch sehen. Im Deutschen Herbst, als von Teilen der CSU die Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert wurde, waren solche Ansichten allerdings mehrheitsfähig.

Die Pläne der Landesregierung waren bereits im Vorfeld bekannt, in der Studierendenschaft regte sich Widerstand. In einer von den Studierenden organisierten Urabstimmung stimmten Anfang 1976 knapp 90% der Studierenden für den Erhalt der Verfassten Studierendenschaft, bei einer Wahlbeteiligung von 35,8%.

---

<sup>3</sup> Der Spiegel 20, 1978, S. 23

Allerdings schien man 1977, wenn man die Berichterstattung im asta-info als Indikator nehmen möchte, zu gleichen Teilen mit einer Erhöhung der Mensapreise um 10 Pfennig beschäftigt zu sein.<sup>4</sup>

Es wurden Urabstimmungen über einen Streik durchgeführt. Erst im Fachbereich Geschichte, später folgte die gesamte Universität.

Interessant ist, dass es offenbar zwei Urabstimmungen über den Streik gab. Eine wurde vom AstA, die andere vom sog. „Streikkomitee,“ organisiert. Beide Gruppen riefen dazu auf, die Wahl der jeweils anderen zu boykottieren.

Der Streik war am Ende erfolglos, die VS wurde und blieb abgeschafft, der AstA wurde abhängig vom Rektorat und mundtot. Er war nicht mehr rechtsfähig, ihm wurden seine Finanz- und Satzungsautonomie entzogen. Seine Aufgaben wurden darauf beschränkt, an musischen, sportlichen und kulturellen Belangen der Studierenden mitzuwirken.

Das Eigentum der VS (u.a. eine erst kürzlich erworbene Druckmaschine und einige Tennisplätze) wurden an die Universität übertragen. Dies geschah mit der Maßgabe, dass sie für studentische Belange verwendet werden mussten. Dass z.B. auf der Druckmaschine nur Broschüren des AstA gedruckt wurden, wage ich zu bezweifeln.

1978 folgte die Gründung des u-asta. Getragen wird er von einem e.V., im Volksmund nur Kasse e.V. genannt. Dieser Verein besteht seit Dezember 1977.

Damals warb man mit dem Slogan „Bildet Fachschaften“ um Unterstützer für das neue fachschafts-basierte Modell. Auch zu einer freiwilligen Abgabe von 10

---

<sup>4</sup> Vgl.: asta-info vom 23.6 1977

DM wurde aufgerufen. Den offiziellen AStA bezeichnete man hingegen nur noch als „KAStRA“. Bei den nächsten Wahlen erhielt eine das U-Modell stützende Koalition die absolute Mehrheit – und so geht es im Grunde bis heute.

Was also ist der u-asta? Hören wir uns doch mal einen Erklärungsversuch erklärter GegnerInnen an.

Ich darf aus „ASTArIX“, einer Ersti-Broschüre des RCDS Mitte der 80er zitieren:

„Der u-asta ist kein gesetzlich verankertes Gremium. Er wird wie die Fachschaften von linken Gruppen privat betrieben und ist damit, so offiziell die Bezeichnung auch klingt, nicht an der Uni institutionalisiert und somit eine rein private Verbindung wie jeder andere Kaninchenzuchtverein oder Fußballclub. Er hat sich ein allgemeinpolitisches Mandat gegeben und schimpft nun über die NATO u.ä.

Dieses Auftreten soll den Studenten vorspielen, der „U-AStA“ sei das einzige Gremium, in dem Studentenvertretungsarbeit möglich ist, und der AStA, das offizielle Organ, sei in der heutigen Form, nach Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft, unbrauchbar.“

Weiter heißt es: „Unser Ansicht nach beweisen diese Methoden, dass die Gruppen Jusos, MSB und GEW als Studentenvertretung unbrauchbar sind und niemals im Interesse von uns Studenten arbeiten wollen, sondern, so bürgerlich engstirnig oder pathetisch es klingen mag, eine Gesellschaftsveränderung im Sinne „Fortschrittlicher Demokraten“ [sic] nach östlichem Strickmuster wollen.“

Nun gut, das kommt der Sache in manchen Punkten schon ziemlich nahe. Der RCDS hat ganz richtig erkannt, dass der u-asta von einem privaten Verein (Kasse e.V.) getragen wird.

Der u-asta tritt dem öffentlichen mit dem Vereinsrecht entgegen. Er übernimmt die politische Vertretungsarbeit für die Studierenden. Der mundtote AStA kann dies schließlich nicht. In diesem Rahmen nimmt der u-asta ein politisches Mandat wahr, was sollte er als politischer Akteur auch anderes tun. Und ja: der AStA ist – wie bereits geschildert – unbrauchbar. Der RCDS selbst hatte ein u-Modell Ende der 70er im Übrigen noch befürwortet.

Eine Umstrukturierung nach „östlichem Strickmuster“ ist im Übrigen nach aktueller Beschlusslage nicht das Ziel des u-asta.

Die Konsequenzen der Entmündigung der Asten waren ganz real. Gegen Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes wurden Ordnungsverfahren eingeleitet. Das asta-info vom 8.12. 1977 titelte passend: „In Baden-Württemberg alles in Ordnung. Es gibt keine Zensur der Asten“.

Finanziell war man dank freiwilliger Spenden und einer schwarzen Kasse von fast 40.000 DM in der Lage zu überleben. Zur Herkunft dieser 40.000 DM Schwarzgelder gibt es folgende Anekdote:

- Werbeeinnahmen für Plakatfront
- Privatkonto
- Über UC Cafe<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Siehe Anmerkungen.

- 40.000 in Bar, große Scheine
- „dir ein Tausender, dir ein Tausender“

Wenden wir uns der Entwicklung des noch jungen u-asta zu. Die 80er Jahre sind vor allem von Auseinandersetzung mit dem Rektorat geprägt. In einem internen Papier wird gewarnt, dass gegenüber dem Rektorat „höchstes Misstrauen“ zu wahren sei. Die politischen Positionen waren damals deutlich linker, zumindest wenn man gängigen rechts-links Schemata folgt. Ich möchte ihnen zwei Quellen vorstellen, die die politische Atmosphäre dieser Zeit meiner Ansicht nach ganz gut einfangen.

1. Eine Streit um eine Einladung zu einer AstA-Sitzung im Jahre 1980

*Siehe Anlage 1 und 2*

2. Das Protokoll der AstA-Sitzung vom 27.10. 1983

*Siehe Anlage 3*

In den 1980ern wurde das u-Modell aus einer Koalition aus GEW, Liberalem Hochschulverband (LHV), dem Sozialistischem Hochschulbund (SHB) und dem Marxistischen Bund Spartakus (MBS) getragen. Damals gab es noch ein sogenanntes StuPa, also ein repräsentativ-demokratisches Studentenparlament.

Anfang der 90er Jahre wurde das u-Modell überarbeitet. Neben das StuPa trat eine Fachbereichskonferenz (FBK), in der die Fachschaften vertreten waren. Damit bewegte sich der u-asta in Richtung Basisdemokratie. Diese Bewegung

wurde zum Sommersemester 1993<sup>6</sup> vollendet, als das StuPa abgeschafft wurde.

Mit dieser Reform bekam der u-asta seine heutige Struktur. Seitdem ist er basisdemokratisch organisiert. Diese Entwicklung war einigen Gruppen zuwider. Den Jungsozialisten war so viel gelebte Utopie dann doch zu viel des Guten, sie schieden aus der u-asta Koalition aus.

Der u-asta hat in seiner Geschichte vieles mitgemacht: den Freiburger Frühling 1989, den Hochschulstreik 1997, den zweiten Freiburger Frühling 2005, die Einführung der allgemeinen Studiengebühren im Jahr 2007.

Auf all das kann ich hier nicht detailliert eingehen, an jedem dieser Ereignisse hängt ein eigenes Stück Geschichte, ein eigener Ordner im u-asta Archiv.

Doch einige Ereignisse aus der jüngeren Geschichte möchte ich noch kurz erwähnen, zumal sie in meine Amtszeit gefallen sind. Nach dem überraschenden Wahlerfolg von Grün-Rot im März 2011 eröffneten sich noch wenige Monate zuvor nicht erträumte Perspektiven:

Nicht nur, dass die Abschaffung der Studiengebühren in greifbare Nähe rückte. Ferner bestand endlich die Chance, die Kernforderung des u-asta, die in der Präambel seiner Satzung verankert ist, umzusetzen:

„Die Unabhängige Studierendenschaft setzt sich ein für die Wiedereinführung einer demokratischen Verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat, Finanz- und Satzungsautonomie.“

---

<sup>6</sup> Siehe Anmerkungen.

Ich spreche hier bewusst von „greifbare Nähe“ und „Chancen“, denn eine Aussage im Wahlprogramm oder im Koalitionsvertrag ist erst einmal nicht mehr als ein politisches Versprechen: Das wissen nicht nur die Studierenden in Hamburg, die unter Beteiligung der Hamburger Grünen nachgelagerte Studiengebühren aufgebrummt bekommen haben. Aktuell kann man gut beobachten, wie Grün-Rot von der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Abschaffung der Hochschulräte nicht nur abrückt, sondern sich im Laufschrift davon entfernt.

Allerdings sind die Studiengebühren abgeschafft worden – wenn auch ein Semester zu spät – und entgegen aller Unkenrufe war das Land in der Lage die ausfallenden Mittel zu kompensieren, auch wenn gerne das Gegenteil behauptet wird.

Und wie Sie dem Titel der heutigen Veranstaltung unschwer entnehmen können, ist das Kernziel des u-asta erreicht: Sich selbst überflüssig zu machen und eine handlungsfähige, mündige Studierendenvertretung zu schaffen. Ganz ohne u.

Ich komme also zum Schluss. Wenn man unterstellt, dass man aus der Geschichte lernen kann, was lernen wir dann aus der Geschichte des u-asta?

Eine wichtige Lektion möchte ich gleichzeitig als Warnung formulieren. Falls von Seiten der Politik Versuche unternommen werden sollten, die Mündigkeit und die Handlungsfähigkeit der Studierendenvertretungen erneut einzuschränken, sage ich ganz klar: Nicht mit uns! Wir haben über 30 Jahre Erfahrung darin, uns gegen ein Demokratieverständnis von Vorgestern zu wehren. Wir haben – mit

Verlaub – mehr Erfahrung als sie. Was auch immer sie unternehmen. Wir lassen uns nicht entmündigen, also lassen sie etwaige Versuche gleich bleiben.

Der u-asta hat mehr als drei Jahrzehnte lang gezeigt, dass sich Grundrechte nicht verbieten lassen. Man bekommt sie aber auch nicht, indem man untätig darum bittet, sondern als mündiges Wesen auf Augenhöhe im politischen Diskurs sowohl innerhalb als auch außerhalb von Parlamenten mitwirkt. Und dass man sich auch selbst helfen kann und manchmal auch muss, um die eigenen Grundrechte und die anderer zu verteidigen.

Ferner hat gerade das letzte Jahrzehnt gezeigt, dass basisdemokratische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse funktionieren. Auch wenn es anstrengend ist, auch wenn es viel Zeit und Energie kostet, funktioniert es. Das heißt nicht, dass das u-Modell ohne Schwächen war. Allerdings bin ich zuversichtlich, dass die Organisationform, für die sich die Studierenden entschieden haben, die Chance bietet, die Stärken des u-Modells in die VS mitzunehmen.

Ich möchte zum Schluss allen, die auf diese oder jene Weise zum Erhalt des u-Modells an der Uni Freiburg beigetragen haben, ausdrücklich danken. Es hat Jahrzehnte gedauert, aber euer, unser Widerstand war richtig und am Ende auch erfolgreich. Der u-asta wird Geschichte. Wir haben's geschafft! Lasst uns feiern!

## Anmerkungen

Ich bin von mehreren Seiten auf Ungenauigkeiten und Fehler in diesem Vortrag hingewiesen worden. Diese Hinweise nehme ich dankbar auf und möchte sie an dieser Stelle dokumentieren:

1. *Sitz des AstA*: In der Anekdote über die Herkunft der Schwarzgelder, die im Manuskript nur in Stichpunkten auftaucht, wird fälschlicherweise behauptet, der AstA habe damals über dem „UC-Cafe“ residiert. Tatsächlich war er über dem „Aspekte“ untergebracht. Außerdem wurden einige weitere Details der Anekdote bemängelt.
2. *Abschaffung des StuPa*: Das Studierendenparlament wurde formal 1998 und nicht, wie im Vortrag behauptet, 1993 abgeschafft. Allerdings war das StuPa in dieser Zeit wenig aktiv - sein Zustand wurde von Zeitgenossen mit dem Begriff „Siechtum“ umschrieben -, weswegen schon im Sommersemester 1993 Infografiken ohne StuPa im u-asta Info auftauchen.